Morgen-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro GM. b. H.

(Alle Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 3. Dezember	Nr. 1619

UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES LIBRARY DEC 18 1936

Weg und Ziel der Arbeit des deutschen Handwerks.

Berlin, 2. Dezember. Der neuernannte Leiter des Deutschen Handwerks in der Deutschen Arbeitsfront, Paul **Walter**, sprach am Mittwoch vor der deutschen Presse über Weg und Ziel der Arbeit des deutschen Handwerks. Er legte dar, daß der Reichsstand des deutschen Handwerks und das deutsche Handwerk in der Deutschen Arbeitsfront in Zukunft verschiedene Zuständigkeiten und verschiedene Aufgaben habe werden. Wenn das Wort Handwerk in Deutschland ein Begriff geworden sei, der Jahrhunderte überdauert habe, dann nur deshalb, weil das Handwerk in früherer Zeit über eine rein wirtschaftliche Tätigkeit hinausgewachsen sei, weil es politische und kulturelle Aufgaben in den Vordergrund gestellt und führend und wegweisend die Geschicke von Volk und Staat beeinflußt habe. Dieses Handwerk wieder lebendig werden zu lassen, sei die Aufgabe, von deren Lösung die Existenzberechtigung des Handwerks im Dritten Reich abhänge.

Für die Organisation des Handwerks sei eine **Aufgabenteilung** notwendig geworden. Es sei zu unterscheiden zwischen einer wirtschaftlichen Betreuung einerseits und der sozialen, berufserzieherischen und kulturellen Betreuung andererseits. Die **wirtschaftlichen Probleme** des Handwerks seien im Reichsstand des deutschen Handwerks zu lösen, d. h. also Fragen der Arbeitsbeschaffung für das Handwerk, Errichtung von Lieferungsgenossenschaften und Einkaufsgenossen, Fragen, die den Staat und das Handwerk angehen und die jeder einzelne übrige wirtschaftlicher Natur, darüber hinaus ein Teil der Berufserziehung.

Zu den Fragen, die das deutsche Handwerk in der DAF zu lösen habe, gehörten vor allem die **sozialen Fragen**, darunter Urlaubsmöglichkeit und Urlaubsvertretung für den Handwerksmeister und die Schaffung einer Altersversorgung, die im Laufe der nächsten fünf Jahre geschaffen werden müsse. Weiter solle voraussichtlich noch vor Weihnachten eine Einrichtung getroffen werden, die es bedürftigen Gesellen die ihren Lebensunterhalt und ihre Berufsausübung bewiesen hätten, ermögliche, sich durch Personalkredite bei der Bank der deutschen Arbeit selbständig zu machen.

Vom nächsten Jahre ab finde alljährlich ein **Meisterwettbewerb** des deutschen Handwerks statt, dessen Sinn die Herausstellung meisterlichen Könnens als Berufsideal jedes deutschen Handwerkers sei und der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung des Handwerks Ausdruck gebe.

Ein wichtiges Gebiet stelle die **Verbindung mit dem Ausland** dar. Sowohl die Vertretung des Handwerks bei internationalen Veranstaltungen, die Beteiligung an ausländischen Handwerksausstellungen, wie auch der Austausch von Meistern und Gesellen auf internationaler Basis, die Hereinnahme reichsdeutscher Gesellen und Lehrlinge aus dem Auslande und ähnliches mehr seien Aufgaben, die das deutsche Handwerk in der DAF für sich in Anspruch nehme.

Der Vortragende erklärte zum Schluß, daß bei dem Reichshandwerkertag 1937 in Frankfurt a. M. eine Schau von Meisterwettbewerben aus 50 Handwerkerberufen gezeigt werde. 1500 Meisterstücke würden ausgestellt werden. Im Jahre 1938 werde unter Beteiligung des Auslandes in Frankfurt a. M. ein großer Handwerkertag veranstaltet, der mit einer Ausstellung von Musterwerkstätten verbunden sei.

Baldwin zum zweiten Male in dieser Woche beim König.

London, 2. Dezember. König Eduard VIII. empfing am Mittwoch Premierminister Baldwin.

Der Besuch des Premierministers beim König wird in politischen Kreisen stark beachtet und mit einer Reihe von aktuellen Fragen in Zusammenhang gebracht. Der König hat damit Baldwin zum zweiten Mal in dieser Woche empfangen.

Eine Erklärung Edens.

London, 2. Dezember. Außenminister Eden erklärte am Mittwoch im Unterhaus, daß seit dem 28. Mai keinerlei Besprechungen zwischen den Generalstäben Großbritanniens, Frankreichs und Belgiens erfolgt seien.

Belgische Militärvorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Brüssel, 3. Dezember. Die Kammer hat am Mittwoch in der Nachmittagssitzung die Militärvorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Zwischen den Regierungsparteien ist vorher eine Einigung erzielten worden auf der Grundlage eines zu dem Regierungsentwurf eingereichten Abänderungsantrages, wonach die Dienstzeit bei der Infanterie nicht auf 18 Monate, wie es in dem ursprünglichen Entwurf vorgesehen war, sondern auf 17 Monate und bei den übrigen Truppenteilen auf 12 Monate festgesetzt wird. Die Regierung hat sich mit dieser Abänderung einverstanden erklärt.

Die Vorlage wurde mit 127 gegen 45 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen. Die Mehrheit für die Vorlage setzt sich aus Sozialdemokraten, Katholiken, Liberalen und Rexisten zusammen. Gegen die Vorlage haben außer den Vertretern des Nationalflämischen Blockes und der Kommunisten auch verschiedene Sozialdemokraten und flämische Katholiken gestimmt.

In der ausgedehnten Aussprache, die der Abstimmung vorausging, erklärte der flämisch-katholische Abgeordnete **van Hoef**, niemand könne bestreiten, daß die Landesverteidigung einseitig gegen Deutschland gerichtet sei. Der Redner sprach seine Befriedigung über die kürzliche Rede des englischen Außenministers Eden aus, der eine Unverletzlichkeit Belgiens für die Zukunft feierlich garantiert habe, und erinnerte daran, daß Frankreich beschlossen habe, seine Grenzbefestigungen künftig auch auf die Nordgrenze auszudehnen. Eine Erhöhung der Militärlast sei unter diesen Umständen heute weniger denn je angebracht.

In entschiedener Weise übte auch der Führer der flämisch-katholischen Kammergruppe, Staatsminister **van Cauwelaert**, Kritik an der belgischen Militärpolitik, wobei er sich besonders mit dem Sprachenstatut der Armee beschäftigte. Als Ausbildungs- und Kommandosprache müsse das Flämische völlige Gleichberechtigung mit der französischen Sprache erhalten. Van Cauwelaert wandte sich dann gegen den einseitigen Charakter der Landesverteidigung und gegen die Ausführungen des Vorsitzenden des gemischten Militärausschusses, Hubin, der behauptet hatte, daß die einzige Gefahr, die von dem Generalstab bei seiner Maßnahme in Erwägung gezogen werden könne, die „Gefahr aus dem Osten" sei. Es sei auch ungemein bedauerlich, daß einer der früheren Minister für Landesverteidigung, der liberale Abgeordnete Devèze, die Aeußerung getan habe, das ganze belgische Verteidigungssystem werde in sich zusammenbrechen, wenn es nicht mehr die Verlängerung der Maginot-Linie darstelle. In der Landesverteidigung müsse die Politik völliger Unabhängigkeit, die der König in seiner Rede verkündet habe, deutlich zum Ausdruck kommen.

Der ehemalige Minister für Landesverteidigung, **Devèze**, lehnte es ab, auf die von dem Führer der flämisch-katholischen Kammergruppe angeschnittenen Fragen einzugehen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache ergriff Ministerpräsident **van Zeeland** das Wort, wobei er sich gegen die Behauptung des Führers der national-flämischen Opposition wandte, daß die Militärpolitik der Regierung in Widerspruch zu der Rede des Königs stehe.

Van Zeeland beschäftigte sich dann mit der politischen Seite des Problems der **Landesverteidigung**. Belgien werde mit allen Mitteln an der Aufrechterhaltung des Friedens mitarbeiten. Wenn ein Konflikt ausbreche, werde es sich bemühen, den Konflikt zu begrenzen und sich entschieden dafür einsetzen, daß Belgien nicht hineingezogen werde. Als einen Kriegsfall könne Belgien lediglich eine Verletzung seiner Grenzen ansehen.

Die künftige **Außenpolitik** Belgiens werde von der Sorge striktester Unabhängigkeit nach allen Seiten hin charakterisiert sein. Zögen glänzendsten Ausdruck habe diese Politik in der Rede des Königs Leopold am 14. Oktober gefunden.

Der Ministerpräsident protestierte sodann scharf gegen die Ausführungen des Führers der national-flämischen Opposition, wonach die Politik der Regierung in Widerspruch stehe zu der Rede des Königs. Die Veröffentlichung der Rede des Königs sei ein Akt der Regierung gewesen, und diese Rede sei ein Ganzes, aus dem man nicht willkürlich bestimmte Teile herausreißen könne. In dieser Rede habe der König die Annahme des vorliegenden Militär-Gesetzentwurfes empfohlen. Niemand könne behaupten, daß die jetzige Regierung nicht von Anfang an eine Politik strengster Unabhängigkeit verfolgt habe. Das Ergebnis dieser Politik liege u. a. in Gestalt der Erklärungen, die der englische Außenminister Eden soeben Belgien gegenüber abgegeben habe, vor.

Die künftige Politik Belgiens umschrieb van Zeeland sodann mit einem Satz, in dem es heißt, daß Belgien keine Verpflichtungen übernehmen und keine Abkommen unterschreiben und kein Abkommen erneuern werde, das nur den Anschein einer Abhängigkeit Belgiens ergeben könne.

Zu der Londoner Vereinbarung vom 19. März erklärte van Zeeland mit besonderer Betonung, daß sie provisorisch sei und keineswegs einen endgültigen Charakter habe. Sie müßten durch einen Vertrag ersetzt werden. Eine Garantie der französischen und der deutschen Grenze, wie sie der Locarno-Vertrag Belgien auferlegt habe, sei aber in Zukunft unmöglich und gefährlich. Belgien sei der neuzgische Punkt Europas, der immunisiert werden müsse. Das sei der Sinn der belgischen Außenpolitik und auch der Zweck der von der Regierung dem Parlament vorgeschlagenen Verstärkung der Landesverteidigung.

Schließlich sprach noch der Abgeordnete **Sap** von den katholischen Flamen. Er erklärte, die Landesverteidigung müsse so eingerichtet sein, daß Belgien nicht in den Verdacht komme, daß es der Politik eines anderen Landes diene. Der Kommunismus bedrohe die ganze Welt. Der französisch-sowjetrussische Pakt, der gegen Deutschland gerichtet sei, sei eine ständige Gefahr für den Frieden.

Die bolschewistische Gefahr sei vielleicht mehr zu fürchten als die in der Aussprache von verschiedenen Rednern an die Wand gemalte deutsche Gefahr.

Belgien sei bei der heutigen Organisation seiner Landesverteidigung nicht in der Lage, einen einzigen Durchzug französischer Truppen zu verhindern. Die neue außenpolitische Richtung werde sich trotz der Sozialdemokraten in Belgien durchsetzen, weil das Volk diese Neuorientierung wolle. Das gegenwärtige Militärsystem sei jedoch ausschließlich gegen Deutschland gerichtet. Die Militärvorlage, gegen die technisch nichts einzuwenden sei, entspreche nicht dem neuen Kurs der Außenpolitik. Man bleibe in dem bisherigen System, das namentlich von dem früheren Minister für Landesverteidigung, Devèze, eingeführt worden sei, verstärkt.

Bei der Abstimmung stimmte der Abgeordnete Sap mit einigen anderen katholischen Flamen und mit den Vertretern des nationalflämischen Blocks gegen die Militärvorlage.

Nachtsitzung der französischen Kammer.

Paris, 3. Dezember. Die Kammer trat am Mittwoch abend zu einer Nachtsitzung zusammen, um das neue **Preßegesetz** zu beraten. Das Gesetz soll vor allem eine strenge Ueberwachung der Existenzmöglichkeiten der Zeitungen, sowie eine schärfere Bestrafung von Verleumdungen ermöglichen. Obgleich die Bänke in der Kammer nur spärlich besetzt waren, herrschte von Beginn an eine ziemlich gereizte Stimmung, so daß es zu lebhaften Zwischenrufen der Linken, als ein rechtsstehender Abgeordneter die sogenannte Vorfrage stellte und dem Gesetzesinhalt frühere Erklärungen des Ministerpräsidenten Blum entgegenhielt, in denen der Ministerpräsident selbst zum Ausdruck gebracht habe, daß eine zügellose Presse immer noch besser sei als eine gefnebelte (!).

Ein ernster Zwischenfall ereignete sich, als ein anderer Abgeordneter der Opposition dem Berichterstatter Le Troque die moralische Berechtigung absprach, die Gesetzesvorlage einzubringen, da er selbst vor Jahren wegen böswilliger Verleumdung von Schwurgericht verurteilt worden sei. Diese Ausführungen wurden von der Linken mit so starkem Lärm begleitet, daß der Redner die Tribüne verließ und dem Kammerpräsidenten Herriot den Vorwurf machte, in der französischen Kammer bestehe keine Redefreiheit mehr. Erst als Herriot den Streit geschlichtet hatte, setzte der Abgeordnete seine Rede fort, in der er zurückverwiesung der Vorlage an den Gesetzgebungsausschuß forderte.

Pariser Weltausstellung 1937 muß verschoben werden.

Paris, 3. Dezember. Der stellvertretende Vorsitzende des Pariser Stadtrates, **Prade**, erklärte am Mittwoch in einem Vortrag, daß die Pariser Weltausstellung 1937 infolge der Auswirkungen der Streiks und Lohnerhöhungen und der sozialen Gesetze keinesfalls pünktlich fertig sein werde, zumal die Arbeiter genau anwüssten, daß man die bereits verloren gegangene Zeit nicht etwa durch erhöhte Anstrengungen aufzuholen versuche.

Zahlreiche Ausstellerfirmen hätten ihre Ausstellungsabsicht bereits aufgegeben. Es gebe zwei Möglichkeiten. Entweder die Ausstellung auf 1938 zu verschieben oder aber, wenn man sie unter allen Umständen noch 1937 eröffnen wolle, einzugestehen, daß die Eröffnung vor dem Monat Juli unmöglich sei.

Frankreichs Kommunisten gegen die Politik Blums.

Paris, 2. Dezember. Der Fraktionsvorstand der kommunistischen Kammergruppe hat in einer Sitzung am Mittwoch nachmittag einstimmig die Rede des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, Thorez, in St. Etienne gebilligt. Er hat weiter betont, daß die Politik der Regierung nicht dem Programm der Volksfront entspreche, insbesondere was die Verteidigung des Friedens anbetreffe. Der Kommunistische Fraktionsvorstand hat daher beschlossen, in die große außenpolitische Debatte am Freitag einzugreifen und insbesondere die Aufhebung der Waffeneinfuhrsperre gegen die spanischen Marxisten zu fordern.

Gesetz über die englischen Notstandsgebiete.

London, 3. Dezember. Der Arbeitsminister Brown erklärte am Mittwoch auf einer Versammlung in Cardiff, daß die Regierung im Januar ein Gesetz für die Notstandsgebiete einbringen werde.

Ein Keil der Nationalen zwischen Madrid und Escorial.

Front vor Madrid, 3. Dezember. An der Madrider Front wurden am Mittwoch die Kämpfe auf dem linken Flügel bei Pozuelo erfolgreich fortgesetzt. Der Widerstand der Bolschewisten, die häufig Gegenangriffe versuchten, war äußerst hartnäckig. Entgegen ihrer sonstigen Gepflogenheit sind die Roten nunmehr zum Stellungskrieg übergegangen, was auf den Einfluß der sowjetrussischen Militärberater zurückzuführen sein dürfte, die nun jeden Preis verhindern wollen, daß die Verbindung zwischen Madrid und El Escorial abgeschnitten wird. In etwa 10 km Entfernung von der Hauptstadt schiebt sich bereits ein **nationaler Keil** bedrohlich zwischen die Verbindungslinie Madrid—El Escorial.

Gelegentlich eines Besuches dieser Stellung, die hauptsächlich von den carlistischen Requetes und von der faschistischen Falange gehalten wird, konnte man feststellen, wie hier gegen zwei Fronten erfolgreich gekämpft wird, im Westen in Richtung El Escorial und im Osten in Richtung auf Madrid.

Das Artilleriefeuer war auf beiden Seiten am Mittwoch sehr stark und regelmäßig. Die Bolschewisten scheinen vorläufig noch Ueberfluß an Munition zu besitzen, da sie ganz planlos auf einzelne Kraftwagen oder auf irgendwelche Stellen, wo sie feindliche Posten vermuten, schießen.

Die **nationalen Flieger** entwickelten am Mittwoch ebenfalls eine rege Tätigkeit, indem sie etwa 60 Bomben mit verheerender Wirkung über den feindlichen Stellungen abwarfen. Auch drei rote Bomber versuchten, die nationalen Stellungen zu bombardieren. Da sie jedoch aus Furcht vor der Fiat-Artillerie zu vorsichtig in sicherer Höhe ihre Bomben abzuwerfen, richteten sie keinerlei Schaden an.

In den westlichen Stadteilen von Madrid drangen die Nationalen ebenfalls weiter vor, indem sie in gewohnter Weise Haus für Haus stürmten.

Bolschewisten mißbrauchen die Madrider Sicherheitszone.

Salamanca, 3. Dezember. Wie der nationale Sender Jaca berichtet, wird die von General Franco für Frauen, Kinder und Nichtkämpfer festgesetzte Sicherheitszone im Nordosten von Madrid durch die Bolschewisten in unerhörter Weise mißbraucht. Die Roten habe dort riesige Waffen- und Munitionslager angelegt und Quartiere für die roten Milizen eingerichtet.

Der Sender Burgos weiß zu melden, daß die Bolschewisten den chilenischen Botschafter in Madrid aufgefordert haben, die 200 im Botschaftsgebäude befindlichen Flüchtlinge — zum größten Teil Spanier — herauszugeben und zur Verfügung der roten „Behörden" zu halten. Der Botschafter habe sich jedoch geweigert, dieser Aufforderung nachzukommen, in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß eine Herausgabe der Flüchtlinge für diese den sicheren Tod bedeuten würde.

Der rote Madrider Sender teilte am Mittwoch nachmittag mit, daß der rote „Verteidigungsausschuß" ein Schreiben an die Volksfrontführer aller Länder gerichtet habe, in dem in warmen Worten für die Unterstützung und Hilfe gedankt und hervorgehoben wird, daß es vor allem der „Internationalen Brigade" zuzuschreiben sei, daß die Hauptstadt bisher dem Ansturm der Nationalen habe widerstehen können.

Die Schweiz verbietet Einfuhr kommunistischer Zeitungen.

Bern, 2. Dezember. Der Beschluß des Bundesrats vom 3. November zur Unterdrückung der „Roten Hilfe" und der kommunistischen Agitation ermächtigt die Post- und Zollbehörden, aus dem Auslande kommende kommunistische Presseerzeugnisse und Schriften ohne weiteres zu beschlagnahmen. Auch die „Pravda" und die „Iswestija" dürfen künftig nicht mehr die Grenze nach der Schweiz passieren.

Stellungnahme des chilenischen Ratspräsidenten.

Genf, 2. Dezember. Auf Wunsch des chilenischen Delegierten und Ratspräsidenten Edwards, dessen Haltung von einer gewissen Presse in der letzten Zeit scharf kritisiert worden ist, wurde am Mittwoch sein Schreiben über die Zweckmäßigkeit einer Ratstagung veröffentlicht. Es heißt darin, die chilenische Regierung betrachte eine Zusammenkunft des Rates im gegenwärtigen Augenblick nicht als günstig für die Erreichung der in Artikel 11 erstrebten Ziele. Sie glaube, daß eine solche Zusammenkunft dem Ansehen des Völkerbundes schaden und nur bei Anwesenheit und Mitwirkung aller beteiligten Parteien zur Beruhigung der Gemüter beitragen könne.

Verantwortlich: Kurt Schwertzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.